

# Wenn Wiederaufbau in Gaza zur Herrschaft mit Kriegsbedingungen wird

Manal Zia, jadaliyya.com, 04.08.26

Gerade in dem Moment, in dem Wiederaufbaupläne vorgestellt werden, werden Gräber in Gaza durch neue Bombardements beschädigt. Im Oktober 2025 trat ein Waffenstillstand in Kraft, der von US-Vertretern als Schritt bezeichnet wurde, der die „vollständige Entmilitarisierung und den Wiederaufbau“ Gazas ermöglichen würde; doch die Lage vor Ort ist weiterhin instabil, mit wiederholten Verstößen gegen den Waffenstillstand und anhaltenden Tötungen durch den Staat Israel in den Monaten danach. Außerdem hat sich ganz im Gegenteil eine neue Raumordnung herausgebildet. Eine de facto bestehende interne Grenze, weithin als „gelbe Linie“ bezeichnet, durchzieht nun den Gazastreifen und markiert vom Staat Israel festgelegte Militärzonen und Pufferzonen, die Bewegung, Zugang und Überleben bestimmen. <sup>1</sup>

Was als „Wiederaufbau“ bezeichnet wird, läuft auf eine kontrollierte Fortsetzung der Zerstörung hinaus: ein System, das darauf ausgelegt ist, das Leben am Rande des Zusammenbruchs aufrechtzuerhalten, während die Kräfte, die diese Zerstörung verursachen, unbehelligt bleiben.

Nach Angaben von *OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)* dehnte sich die vom Staat Israel festgelegte Sperrzone von 53 Prozent des Gazastreifens zu Beginn des Jahres 2026 auf 64,9 Prozent im Juni aus, da israelische Streitkräfte die gelben Markierungen wiederholt nach Westen verschoben und eine nominelle Waffenstillstandslinie in eine vorrückende Grenze militärischer Kontrolle verwandelten. <sup>2</sup>

Schon allein dadurch fällt Gaza aus den herkömmlichen Kategorien des Wiederaufbaus heraus. Der klassische Wiederaufbau nach einem Krieg ist auf Wiedergutmachung ausgerichtet. Er setzt ein Ende der Feindseligkeiten voraus und soll Wohnraum, Infrastruktur sowie Institutionen wiederherstellen, um so den Weg zurück zur politischen Normalität zu ebnen. In Gaza fehlen sogar diese Grundvoraussetzungen. Die militärische Vorherrschaft des Staates Israel, die Architektur der Belagerung, der eingeschränkte Zugang für humanitäre Hilfe und die Durchsetzung der „gelben Linie“ verhindern aktiv die Entstehung der Bedingungen, unter denen ein Wiederaufbau beginnen könnte.

Was als „Wiederaufbau“ bezeichnet wird, läuft auf eine kontrollierte Fortsetzung der Zerstörung hinaus: ein System, das darauf ausgelegt ist, das Leben am Rande des Zusammenbruchs aufrechtzuerhalten, während die Kräfte, die diese Zerstörung verursachen, unbehelligt bleiben. In diesem

Zusammenhang fungiert der Wiederaufbau als Instrument der Kontrolle. Der Wiederaufbau des Gazastreifens unter diesen Bedingungen zementiert ein Regime, das bestimmt, wessen Anwesenheit toleriert wird, wessen Rückkehr behindert wird und wessen Zukunft weiterhin der Macht von außen untergeordnet bleibt.

Die Verwüstung im Gazastreifen erfordert dringend Wiederaufbau, wie man es auch dreht und wendet. Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Bauernhöfe und ganze Stadtviertel liegen in Trümmern. Doch die Dringlichkeit darf nicht zum Vorwand für Illusionen oder politische Abkürzungen werden. Während weltweit führende Politiker in elitären Foren glanzvolle Visionen für den Wiederaufbau präsentieren, bombardiert der Staat Israel weiterhin den Gazastreifen, tötet Palästinenser, schränkt humanitäre Hilfe ein und dehnt seine territoriale Kontrolle über die Waffenstillstandslinie hinaus aus. Wie Sultan Barakat warnt, laufen solche Initiativen Gefahr, zu „einer Art Sandburg-Diplomatie“ zu verkommen, „die die Weltöffentlichkeit beeindruckt, den Eliten Trost spendet und dazu bestimmt ist, mit der ersten ernsthaften Welle der politischen Realität weggespült zu werden.“<sup>3</sup>

Gaza wird oft als Paradebeispiel für den „Katastrophenkapitalismus“ im Sinne von Naomi Klein <sup>4</sup> angeführt, bei dem Krisen es externen Akteuren ermöglichen, Wirtschaft und Regierungsführung neu zu strukturieren. Arafah und Turner verorten den Wiederaufbau Gazas an der Schnittstelle von Aufstandsbekämpfung, Katastrophenkapitalismus und israelischem Siedlerkolonialismus. Im Zusammenhang mit Vorschlägen zur Bevölkerungsumsiedlung, territorialer Schrumpfung, Landenteignung und extern kontrollierter Rückkehr schafft diese Überschneidung die Voraussetzungen, durch die die Vertreibung der Palästinenser dauerhaft gemacht werden könnte.<sup>5</sup>

Anders als in Nachkriegssituationen wie im Irak, in Afghanistan oder in Haiti, wo die Akkumulation auf einen Regimewechsel oder eine Naturkatastrophe folgte, ist die Enteignung in Gaza kein zufälliges Ergebnis einer Krise. Sie ist in den Wiederaufbauprozess selbst eingebaut. Hier fungiert der Wiederaufbau als räumliches Instrument, das Bevölkerung, Territorium und politisches Leben unter anhaltendem Zwang neu ordnet.

Der Begriff „war governance“ [Kriegsverwaltung] bezeichnet den Einsatz des Wiederaufbaus zur Verwaltung des zivilen Lebens unter anhaltender militärischer Herrschaft. In allen zeitgenössischen Konzepten dieser Art sichert der Wiederaufbau zwar das Überleben, setzt jedoch politische Autonomie außer Kraft, gewährleistet Versorgung ohne Wiederherstellung und organisiert Raum ohne Souveränität. Gewalt prägt die Entscheidungen, Zeitpläne und Kontrollsysteme, durch die der Wiederaufbau voranschreitet.

Im Gegensatz zur humanitären Nothilfe, die sich auf ihre Vorläufigkeit beruft, schafft sie dauerhafte Systeme: provisorische Unterkünfte ohne Rückkehr und Wiederaufbaupläne, die ohne politische Lösung vorangetrieben werden. Der Vorschlag des CMCC für eine kontrollierte „geplante Gemein-

schaft“ in Rafah konkretisiert diese Logik (auf die später noch näher eingegangen wird). Die Palästinenser würden innerhalb einer militarisierten Zone Unterkunft, Versorgung und überwachten wirtschaftlichen Zugang erhalten, wobei die Bewegungsfreiheit durch Kontrollpunkte, biometrische Registrierung und einen internationalen Sicherheitsapparat geregelt würde.

Der Wiederaufbau unter Zwangsbedingungen hat die Maßnahmen im Irak, in Afghanistan, in Haiti, im Libanon und in den Wiederaufbauprogrammen im Gazastreifen nach 2014 seit langem geprägt. Die gegenwärtige Situation geht noch einen Schritt weiter. Militärische Teilung, technokratische Verwaltung, sicherheitsorientierte Hilfe, Investoren geführte Sanierung und kontrollierte Rückkehr werden innerhalb einer einzigen Nachkriegsarchitektur zusammengeführt. Was hier erprobt wird, ist eine Form der Herrschaft, die die Palästinenser an der Schwelle zum Überleben hält, den Gazastreifen unter externer Sicherheitskontrolle neu gestaltet und das Ergebnis als Wiederaufbau bezeichnet.

### **Der Gazastreifen durch Wiederaufbau beherrscht: Die Vorschläge**

Insgesamt betrachtet lesen sich diese Wiederaufbauvorschläge wie konkurrierende Herrschaftsprojekte, von denen jedes einen anderen Weg aufzeigt, wie die Bevölkerung, das Land und die Zukunft Gazas unter der anhaltenden Gewalt organisiert werden sollen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie Gaza von der übergeordneten Palästina-Frage abkoppeln und einen nationalen Kampf um Land, Rückkehr, Souveränität und Befreiung in ein abgegrenztes Verwaltungsproblem namens „Gaza nach dem Krieg“ umwandeln.

Ich konzentriere mich auf drei Gruppen von Vorschlägen: offen zwanghafte Herrschaftsmodelle, verwaltungsorientierte humanitäre Pläne und Gegenentwürfe, die die Logik einer verordneten Nicht-Rückkehr ablehnen. Die vorherrschenden Modelle unterscheiden sich in ihrer Form, doch viele teilen die Prämisse, die Sara Roy direkt benennt: „Die einflussreichsten Pläne für den Wiederaufbau des Gazastreifens gehen von der Prämisse aus, dass die Palästinenser kein Recht haben, über ihre Zukunft zu entscheiden.“<sup>6</sup>

#### **A. Wiederaufbau als Governance und Kontrolle**

Die am deutlichsten politisch geprägten Vorschläge werden über mit den USA verbündete, mit dem Staat Israel verflochtene, unternehmerische Kanäle vorangetrieben und betrachten den Gazastreifen eher als ein Gebiet, das neu gestaltet werden muss, denn als eine Gesellschaft, die wiederhergestellt werden soll.

Diese Vorschläge behandeln die Zerstörung des Gazastreifens als Gelegenheit, eine neue räumliche, wirtschaftliche und administrative Ordnung durchzusetzen, die den Gaza-streifen durch eine Neugestaltung als ein „Problem“ löst.

## Der CMCC-Plan

Das *Civil-Military Coordination Center (CMCC)* ist ein von den USA geleitetes zivil-militärisches Gremium, das Ende 2025 unter dem Kommando des US-Zentralkommandos (*US Central Command*) gegründet wurde und in Abstimmung mit israelischen Militärbehörden sowie ausgewählten verbündeten Staaten agiert. Durchgesickerte Präsentationsunterlagen, die *Drop Site News 7* vorliegen, skizzieren einen Vorschlag für eine „geplante Gemeinschaft“ in Rafah, die darauf ausgelegt ist, bis zu 25.000 Palästinenser in einer vollständig kontrollierten Zone unter israelischer Militärhoheit unterzubringen. Ein- und Ausreise würden über Kontrollpunkte geregelt, und die Bewohner würden über biometrische Systeme registriert, die mit palästinensischen Identifikationsnummern verknüpft und mit den israelischen Behörden abgestimmt sind. Das Wirtschaftsleben würde auf überwachte elektronische Zahlungsmittel umgestellt, die Lehrpläne würden von außen gestaltet, um Normen einer „Kultur des Friedens“ zu fördern, und die Polizeiarbeit würde unter einer internationalen Stabilisierungstruppe erfolgen.

Untersuchungen von *Forensic Architecture* 8 auf der Grundlage hochauflösender Satellitenbilder zeigen, dass israelische Streitkräfte bereits damit begonnen haben, ein ein Quadratkilometer großes Gelände im Osten von Rafah für neue Wohnbebauung unter vollständiger militärischer Kontrolle vorzubereiten. Im Gegensatz zu den vollständigen Zerstörungen an anderen Orten im Gazastreifen weist dieses Gelände ein präzises Muster auf: Das Land wurde eingeebnet, die Trümmer beseitigt und der Boden verdichtet – in einer Weise, die eher auf Bauarbeiten als auf Kampfhandlungen hindeutet. Das Gelände liegt an der Schnittstelle zweier israelischer Militärkorridore, tief im Inneren der Zone östlich der sogenannten gelben Linie, und ist von Militärposten und Sicherheitsanlagen umgeben. Der Wiederaufbau an dieser Stelle dient der räumlichen Abschottung unter humanitärem Vorwand.

## Der Trump-Kushner-Plan

Der Trump-Kushner-Plan sieht die Schaffung einer neuen Verwaltungsstruktur in Form des Friedensrats (*Board of Peace*) vor. Das Gremium, das über den bestehenden multinationalen Institutionen angesiedelt ist und dessen Vorsitz Donald Trump innehat, ist von demokratischer Rechenschaftspflicht, internationalem Recht und der Zustimmung der Palästinenser abgekoppelt. Die Macht wird über einen inneren Exekutivausschuss und einen Gaza-Exekutivausschuss ausgeübt, die sich aus US-Beamten, Ministern aus den Golfstaaten, Finanziers, Immobilienmagnaten und ehemaligen westlichen Staats- und Regierungschefs zusammensetzen, die eng mit den israelischen Sicherheits- und regionalen Normalisierungsagenden verbunden sind. Palästinenser sind in diesen Gremien nicht vertreten.

Die tägliche Verwaltung liegt in den Händen eines dreizehnköpfigen palästinensischen technokratischen Gremiums namens *Nationales Komitee für die Verwaltung des Gazastreifens (NCAG)*,

dessen Aufgabe darin besteht, die Versorgung wiederherzustellen und „das tägliche Leben zu stabilisieren“. In der Praxis untersteht das NCAG vollständig der Autorität des Friedensrats und seiner untergeordneten Exekutivorgane und hat keinerlei Kontrolle über Grenzen, Sicherheit oder die Bedingungen des Wiederaufbaus. Sein Mandat ist administrativer, nicht politischer Natur. Diese Regelung spiegelt weitgehend die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank wider: ein Dienstleistungsapparat, der das zivile Leben unter externer Aufsicht verwaltet, anstatt Selbstbestimmung auszuüben.

Hier fungiert „Wiederaufbau“ als Legitimationsrhetorik für eine Neugestaltung der Machtverhältnisse. Der Plan und seine Verfasser behandeln den Gazastreifen als ungenutzten Raum, der durch kapitalintensive Projekte umgestaltet werden soll, wobei seine politische Realität außer Acht gelassen wird.

Die NCAG hat sich seitdem von einer vorgesehenen Verwaltungsstruktur zu einem aktiven, wenn auch nach wie vor behinderten Übergangsprozess entwickelt. Im Juli 2026 kündigte die Hamas an, dass sie bereit sei, die Regierungsgewalt abzugeben, und der Leiter ihrer Verwaltung trat in Erwartung einer Übergabe an das Komitee zurück. Die NCAG hat die Macht jedoch noch nicht übernommen. Der Staat Israel hat ihre dreizehn Mitglieder daran gehindert, nach Gaza einzureisen, sodass sie weiterhin in Kairo stationiert sind und der Zeitpunkt sowie der territoriale Umfang einer etwaigen Machtübergabe unter israelischer Kontrolle bleiben.

Der ursprüngliche Plan des *Board of Peace* für den Wiederaufbau des gesamten Gazastreifens hat sich Berichten zufolge auf ein wesentlich kleineres Pilotprojekt in der Nähe von Rafah reduziert. Im Zusammenhang mit diesem Projekt soll ein provisorisches Lager für einen Teil der Vertriebenen aus dem Gazastreifen eingerichtet werden, das von einer palästinensischen technokratischen Verwaltung mit kontrollierten Polizeikräften und einer internationalen Stabilisierungstruppe geleitet wird. Der Plan ist weiterhin blockiert, da israelische Zustimmungen, die Finanzierung und der unklare rechtliche Status der Sicherheitskräfte noch ungeklärt sind. Gleichzeitig blockiert Israel weiterhin den Wiederaufbau, schränkt Hilfslieferungen ein und weitet seine Kontrolle östlich der Waffenstillstandslinie aus. Das Modell ist von vornherein partiell angelegt und beschränkt den „Wiederaufbau“ auf eine begrenzte Pilotzone, während der Rest der Bevölkerung in einer niedrigeren Stufe humanitärer Überlebenshilfe verbleibt.

### ***GREAT Trust***

Der *GREAT Trust* – kurz für „Gaza Reconstruction, Economic Acceleration, and Transformation“ (Wiederaufbau, wirtschaftliche Beschleunigung und Transformation des Gazastreifens) – tauchte erstmals in einem durchgesickerten, 38-seitigen Prospekt auf, der in politischen Kreisen der USA und des Staates Israel zirkulierte. Der Vorschlag, der von israelischen Wirtschaftsvertretern unter Mitwirkung von Beratern mit Verbindungen zur *Boston Consulting Group* ausgearbeitet und unter

anderem vom Tony Blair Institute überarbeitet wurde, sieht ein Treuhandmodell für den Wiederaufbau vor.

Von Anfang an stellt der Vorschlag den Gazastreifen als strategische Belastung dar, als „iranischen Vorposten“, dessen fortbestehende politische Autonomie als Bedrohung für die „Abrahamische Architektur“ oder die regionale *IMEC*-Architektur dargestellt wird. Der Wiederaufbau wird als Neutralisierung gerechtfertigt, wobei der Gazastreifen in eine „Neue Abrahamische Architektur“ eingebunden werden soll, die eher auf die Sicherheit von Investoren, regionale Integration und geopolitische Eindämmung ausgerichtet ist als auf palästinensische Selbstverwaltung.

Der *GREAT Trust* ist ein Investitionsprojekt mit integrierter Verwaltungsbefugnis. Hinter dem Schlagwort „Transformation“ wird der Gazastreifen als Nachkriegsvermögen behandelt, das rekapitalisiert, neu gestaltet und unter einer von den USA geführten Treuhandschaft verwaltet werden soll, bis die Palästinenser als ausreichend „reformiert“, „deradikalisiert“ und als sicher genug gelten, um in eine neue regionale Ordnung integriert zu werden. Der erste Schritt ist bereits ein politisches Urteil: Der Gazastreifen selbst ist das Risiko.

Was diesen Vorschlag auszeichnet, ist seine Unverfrorenheit. Die Gewinnerzielung ist fest in das Konzept eingebaut. Der Erfolg wird anhand von Kapitalrenditen, Vermögensbewertungen, BIP-Multiplikatoren und Einnahmequellen in den Bereichen Bauwesen, Sicherheit, Häfen, Tourismus und Rechenzentren gemessen. Die Verwüstung Gazas wird als Chance umgedeutet, „heute 0 Dollar“ in einen zukünftigen Wert von Hunderten von Milliarden umzuwandeln.

Vertreibung ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Logik. „Freiwillige Umsiedlung“ wird als kostensparender Mechanismus behandelt, wobei der Vorschlag ausdrücklich Einsparungen „pro umgesiedeltem Palästinenser“ berechnet und nahelegt, dass eine verstärkte Vertreibung die Investitionslast des Trusts verringert.

Sein Stadtentwicklungsprogramm setzt dieses Finanzmodell in räumliche Form um. Verweise auf Haussmann deuten auf eine räumliche Ordnung hin, die auf Trennung, Zirkulation und Kontrolle basiert, mit breiten Korridoren, Pufferzonen und Straßennetzen, die den Raum aufteilen und die Bewegung steuern. Der *GREAT Trust* bleibt als eigenständiger Plan noch in der Schwebe, doch seine Kernlogik zirkuliert bereits im *Board of Peace*: Treuhandschaft, investorengeführte Sanierung, verbriefte Regierungsführung und regionale Integration.

In all diesen Vorschlägen wird der Gazastreifen als administrativ zusammengebrochen, wirtschaftlich träge und politisch undurchsichtig dargestellt. Der Wiederaufbau wird zum Mittel für geopolitische Neuordnungen und wirtschaftliche Ausbeutung, während Souveränität, Rückkehr und Rechenschaftspflicht durch die Sprache der Effizienz, Sicherheit und Marktfähigkeit verdrängt werden.



Politische Forderungen, die in Geschichte, Verdrängung und Rechten verwurzelt sind, werden in dieser Darstellungsweise unverständlich. Was regierbar bleibt, sind Ströme: von Menschen, Kapital, Daten, Hilfsgütern und Risiken. Was in diesen Plänen verschwindet, ist jegliches Bewusstsein dafür, dass die Zerstörung des Gazastreifens eine politische Rechenschaft erfordert.

## **B. Stabilisierung ohne Wiederaufbau: Humanitäres Management**

*RAND* (*Research and Development*), *UNDP* (Entwicklungsprogramm der UN) und der arabische Vorschlag sind in der Sprache der humanitären Wiederaufbauhilfe verfasst. Ihre Autorität beruht auf dem Anspruch auf Neutralität, Fachwissen und Managementkompetenz. Sie wandeln Verluste in quantifizierbare Indikatoren um – wie beispielsweise zerstörte Wohneinheiten, beschädigte Straßenkilometer und verlorene Versorgungskapazitäten –, so machen diese Konzepte das Ausmaß der Zerstörung für Geber nachvollziehbar

### ***RAND*: Von Lagern zu Gemeinschaften**

Der Bericht der *RAND Corporation* „Von Lagern zu Gemeinschaften: Unterkünfte nach dem Konflikt im Gazastreifen“ versteht sich als pragmatische Antwort auf beispiellose Zerstörungen. Auf der Grundlage vergleichender Fallstudien aus der Zeit nach Konflikten und unter Einbeziehung städtebaulicher Fachkenntnisse akzeptiert der Bericht eine anhaltende Vertreibung als gegeben und richtet den Wiederaufbau auf die Bewältigung des zivilen Alltags während einer Phase aus, die – wie er einräumt – Jahrzehnte dauern wird. Im Mittelpunkt stehen dabei räumliche Gestaltungsmaßnahmen: Wie lässt sich die Bevölkerung Gazas unter den Bedingungen anhaltender Unsicherheit unterbringen, umsiedeln, in Gruppen zusammenbringen und schrittweise wieder zusammenführen unter den Bedingungen von umfassender Armut?

Die zentrale These von *RAND* lautet, dass groß angelegte Notunterkünfte unvermeidbar sind und dass die Aufgabe daher darin besteht, die Vertreibung „besser“ zu gestalten. Der Bericht warnt zu Recht vor den historischen Fehlschlägen von Flüchtlingslagern und stützt sich dabei auf die Vergangenheit im Gazastreifen sowie auf Beispiele aus Jordanien, Kenia, dem Irak und Syrien, um aufzuzeigen, wie sich vorübergehende Lösungen zu dauerhaften Infrastrukturen der Entbehrung verfestigen. Als Antwort darauf schlägt *RAND* eine technokratische Alternative vor: den „inkrementellen Urbanismus“. Dieser Ansatz verbindet Zelte, Wohnwagen, unfertige Gebäude und Gemeinschaftszentren zu flexiblen räumlichen Anordnungen, die darauf abzielen, soziale Bindungen zu erhalten, die Bereitstellung von Dienstleistungen zu ermöglichen und die Vertriebenen schrittweise wieder in das städtische Leben zu integrieren.

Verdienstvollerweise weicht *RAND* von eher fantasievollen Wiederaufbauvisionen ab, indem es die Grenzen in den Vordergrund rückt. Es berücksichtigt die alltäglichen Realitäten des Lebens in Gaza und das, worauf sich die Menschen kurz- bis mittelfristig realistisch verlassen können. Dennoch bleibt sein analytischer Horizont eng beschränkt. Zerstörung wird als planerische Einschränkung

behandelt und nicht als politisches Ereignis, das Rechenschaftspflicht erfordert. Vertreibung wird auf ein logistisches Problem reduziert und von der Gewalt losgelöst, die sie verursacht hat. *RAND* betont „realistische Zeitpläne“, „pragmatische Kompromisse“ und „machbare Regierungsstrukturen“, lässt dabei jedoch die Belagerung, die militärische Kontrolle, die materiellen Einschränkungen und das Fehlen palästinensischer Souveränität außer Acht – Faktoren, die die Zerstörung Gazas aufrechterhalten.

### **Vorschlag des *UNDP* für ein Programm zum schnellen Wiederaufbau**

Das Programm zum schnellen Wiederaufbau des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*UNDP*) spiegelt das klassische Modell der humanitären Entwicklungshilfe wider. Es betrachtet den Wiederaufbau als logistische Notwendigkeit: als eine Frage der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit, der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und des Risikomanagements. Es verfolgt ein Konzept für die Zukunft Gazas, das auf Stabilisierung setzt. Dabei beschränkt sich der Wiederaufbau auf die Behebung von Schäden und die Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen und die Zeitpläne sind eher von externen Prioritäten als von lokalen Vorgaben bestimmt. Der Raum erscheint als technische Fläche, neutral, steuerbar und für einen schrittweisen Wiederaufbau geeignet, wobei der tieferen Gewalt, die in ihm verankert ist, kaum Beachtung geschenkt wird.

Es beruft sich auf die Rhetorik eines „von Palästinensern geführten Wiederaufbaus“, während palästinensischen Institutionen eine eingeschränkte Rolle als Ausführende im Rahmen extern festgelegter Prioritäten zugewiesen wird. Dieser Schritt macht die Hierarchie akzeptabel und verschleiert gleichzeitig die politische Asymmetrie. Die Mitwirkung von Institutionen wie der Università Iuav di Venezia verstärkt diese Logik, indem sie den Anschein technischer Expertise erweckt und gleichzeitig die lokale Eigenverantwortung verwässert.

Die wirtschaftliche Vision folgt dem gleichen Muster: kurzfristige Beschäftigung durch „Cash-for-Work“-Programme und extern finanzierte Infrastrukturprojekte, ohne ernsthafte Strategie für eine langfristige Wiederbelebung der lokalen Industrie oder materielle Selbstversorgung. Was dabei entsteht, ist ein von Gebern gesteuertes Modell, das strukturelle Abhängigkeit reproduziert, während es die Sprache des Wiederaufbaus spricht.

### **Der arabische Vorschlag**

Der arabische Vorschlag führt für sich die Dimension der Staatskunst ins Feld. <sup>9</sup> Für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit beschreibt er den Wiederaufbau als einen von oben nach unten gerichteten Akt regionaler Wohltuens, bei dem der Gazastreifen durch monumentale Infrastruktur, Häfen und kapitalintensive öffentliche Bauvorhaben wieder aufgebaut wird. Der Vorschlag stellt die arabischen Regierungen, insbesondere Ägypten, in den Mittelpunkt der Koordination. Er sieht vor, dass ein Konsortium arabischer Staaten den Wiederaufbau leitet, unterstützt durch einen in-



ternationalen Treuhandfonds und umgesetzt durch zentralisierte Planungsgremien.

Was als Solidarität präsentiert wird, ist gleichermaßen ein Soft-Power-Projekt: eine Möglichkeit für die Staaten der Region, Einfluss geltend zu machen, Grenzen zu stabilisieren und die Zukunft des Gazastreifens zu gestalten, ohne den Palästinensern selbst echte Autorität zu übertragen.

Die Beteiligung dient als Legitimierungsgeste, nicht als Übertragung von Autorität. Aus der Perspektive der Dependenztheorie betrachtet, reproduziert der Vorschlag bekannte Hierarchien. Kapital, Fachwissen und Entscheidungsgewalt fließen aus dem Kern der Region, insbesondere aus den Golfstaaten, während der Gazastreifen als Empfängerwirtschaft dargestellt wird, die durch extern verwaltete Investitionen wiederaufgebaut wird, und nicht durch palästinensische wirtschaftliche Souveränität. Der Vorschlag genießt weiterhin regionale diplomatische Unterstützung, hat jedoch keinen umfassenden Umsetzungsmechanismus entwickelt.

### **C. Gegenplanung unter Zwangsbedingungen**

#### **Der Gaza Phoenix-Plan**

Der *Gaza-Phoenix-Plan* bewegt sich auf einer anderen Ebene. Er ist nicht auf die Zustimmung der Geber, die Genehmigung durch Sicherheitsbehörden oder eine schrittweise Umsetzung unter den derzeitigen Bedingungen ausgerichtet. Er fungiert als eine Form der Verweigerung. Seine politische Bedeutung liegt weniger in seiner technischen Vollständigkeit als vielmehr in seinem Beharren darauf, dass der Wiederaufbau nicht von Rückkehr, Erinnerung und palästinensischer Eigenverantwortung getrennt werden kann.

Anstatt Gaza als eine „tabula rasa“ zu behandeln, die neu organisiert werden muss, geht der *Gaza-Phoenix-Plan* von der Prämisse des Wiederaufbaus an Ort und Stelle aus. Er lehnt Massenumsiedlungen, Lager und eine schrittweise Entvölkerung als Ausgangspunkte für den Wiederaufbau ab, die nicht akzeptabel sind. Wohnungen, Stadtviertel und öffentlicher Raum werden als Fortsetzung des sozialen Lebens vor der Zerstörung verstanden, nicht als Ersatz dafür. Die Erinnerung ist in die räumliche Logik selbst eingebettet und bekräftigt, dass der Wiederaufbau das weiterführen muss, was ausgelöscht werden sollte.

Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht die Analyse der Überlebensfähigkeit. *Gaza Phoenix* stellt die Kraft in den Mittelpunkt, unter Bedingungen, die bewusst darauf ausgelegt sind, das Leben zu zermürben, in Würde durchzuhalten. Überlebensfähigkeit ist hier ein Anspruch auf soziale Reproduktion, kollektive Präsenz und räumliche Kontinuität trotz der Belagerung. Planung wird zu einem Mittel zur Aufrechterhaltung des politischen Lebens, nicht nur des biologischen Überlebens.

Die Grenzen dieses Ansatzes sind real und sollten nicht romantisiert werden. *Gaza Phoenix* fehlt der garantierte Zugang zu Materialien, formelle Regierungsautorität und Schutz durch das Völkerrecht. Die Ablehnung einer von Gebern diktierten Abfolge von Maßnahmen wirft Fragen hinsicht-

lich des Umfangs, der Koordination und der Anfälligkeit für Unterbrechungen oder Kriminalisierung auf. Unter den Bedingungen der Belagerung funktioniert die Gegenplanung ohne die institutionellen Schutzschilde, die technokratische Konzepte schützen.

*Gaza Phoenix* in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit zu bewerten, bedeutet, seine Funktion falsch zu interpretieren. Machbarkeit ist ein politischer Filter, der Pläne begünstigt, die mit bestehenden Machtstrukturen im Einklang stehen. Vorschläge, die Belagerung, Zersplitterung und externe Kontrolle akzeptieren, erscheinen realistisch, während solche, die auf Rückkehr und palästinensischer Selbstverwaltung beruhen, als utopisch abgetan werden. Wie Nour Joudah argumentiert: „Der Wiederaufbau beginnt nicht mit dem Bauen, sondern mit der Rückeroberung. Der erste Schritt ist die Rückkehr. Der erste Schritt besteht darin, dass die Menschen wieder gemeinsam einen Raum bewohnen können.“ 10

### **Die stille Normalisierung der Nichtrückkehr**

In den in diesem Artikel untersuchten Wiederaufbauvorschlägen wird das Rückkehrrecht selten rundweg verweigert. Stattdessen wird es verwaltungstechnisch geregelt. Diese administrative Aufschubung verleiht den heutigen Wiederaufbaukonzepten einen Großteil ihrer politischen Macht. Die Rückkehr wird durch Verfahren, Zeitpläne und räumliche Regelungen normalisiert, die eine Rückkehr dauerhaft praktisch unmöglich oder an Bedingungen geknüpft machen.

Die Zeit selbst wirkt bei dieser Normalisierung wie eine Waffe. Zeitpläne für den Wiederaufbau verschieben die Rückkehr in eine unbestimmte Zukunft: sechs Monate für den ersten Wiederaufbau, gefolgt von mehrjährigen Wiederaufbauphasen, die von der Finanzierung, den Sicherheitsbedingungen oder politischen Vorgaben abhängen. Da die Rückkehr von der Gegenwart auf einen hypothetischen Endpunkt verschoben wird, verliert sie an Dringlichkeit. Je länger die Vertreibung andauert, desto mehr wird sie in Planungsannahmen integriert. Die Rückkehr wird so lange aufgeschoben, bis sie ihre politische Kraft verliert.

Indem sie die Vertreibung zu einem Planungsproblem machen, schieben diese Konzepte und internationale Organisationen wie die UNO auch die moralischen und politischen Fragen beiseite, die die Vertreibung aufwirft. Gerechtigkeit ist nicht mehr dringlich. Versöhnung wird als etwas behandelt, das warten kann. Wie uns Konfliktfolgenforscher in Erinnerung rufen, sind Versöhnung und Gerechtigkeit grundlegend für den Wiederaufbau nach einem Krieg – aber nur, wenn sie die öffentliche Anerkennung des Leids, die Aufdeckung der Wahrheit und symbolische Wiedergutmachung beinhalten. 11

Planung mit Wissen über Traumatisierung erkennt an, dass Menschen nach einem erlittenen Schaden einen Neuanfang wagen und dass dies prägt, wie sie leben, sich bewegen, sich erinnern und mit dem Raum umgehen. In diesem Zusammenhang muss sie liberale Narrative der „Abschlussfindung“ ablehnen. Sie darf Gemeinschaften, denen keine Rechenschaft, Wiedergutmachung oder Be-

endigung des Leids zuteil wurde, keine versöhnenden Klischees aufzwingen. Was benötigt wird, ist eine politisierte Form der Heilung, die Raum für kollektive Trauer bietet, das Gemeinschaftsgedächtnis in den Mittelpunkt stellt und öffentlich die Herrschaftsstrukturen benennt, die Trauer, Überleben und Wiederaufbau gleichzeitig notwendig und gefährlich machen. Die Planung muss sensibel auf diese Zeitlichkeit eingehen, auferlegte Fristen für Heilung oder Abschluss ablehnen und Räume schaffen, die der Trauer Würde verleihen, die Unmöglichkeit einer vollständigen Genesung unter Belagerung anerkennen und das Recht bekräftigen, Trauer kollektiv und öffentlich zu erzählen und zu leben.

Rafah wurde im Februar 2026 nach fast zwei Jahren wieder geöffnet, jedoch nur für begrenzten Fußgängerverkehr und erst nach Genehmigung durch die israelischen und ägyptischen Sicherheitsbehörden. Mehrere Formen der Rückkehr werden gleichzeitig eingeschränkt: die Wiedereinreise von Palästinensern, die Gaza während des Krieges verlassen hatten, die Rückkehr von Binnenvertriebenen in ihre Häuser und Stadtviertel, die nun hinter den militärischen Linien liegen, sowie Gazas Stellung innerhalb des umfassenderen palästinensischen Rückkehranspruchs. Diese Ansprüche unterscheiden sich rechtlich und historisch, doch die aktuellen Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau unterwerfen jeden einzelnen von ihnen administrativen Verzögerungen, Sicherheitsüberprüfungen oder räumlichen Verboten.

*Reuters* berichtete, dass täglich voraussichtlich etwa fünfzig Palästinenser in den Gazastreifen einreisen und eine ähnliche Anzahl ihn verlassen, obwohl schätzungsweise 100.000 Palästinenser, die während des Krieges geflohen waren, versuchten, zurückzukehren. Diplomaten gingen davon aus, dass der Staat Israel mehr Ausreisen als Einreisen zulassen würde.<sup>12</sup> Die *Washington Post* berichtete, dass am ersten Tag der Wiedereröffnung des Grenzübergangs Rafah nur etwa ein Dutzend Menschen in jede Richtung die Grenze überquerten. Die israelischen Behörden teilten den UN-Vertretern zudem mit, dass die Rückkehr auf Palästinenser beschränkt sein werde, die während des Krieges geflohen waren und zuvor eine israelische Sicherheitsfreigabe erhalten hatten.<sup>13</sup> Diese Zulassungsregeln, Sicherheitsüberprüfungen, eingeschränkten Grenzübergänge, militärischen Korridore und täglichen Quoten machen die Rückkehr für die meisten Palästinenser, die zurückkehren wollen, unmöglich.

Dieses selektive System funktioniert parallel zu einem wiederbelebten Geschäft mit bezahlten Ausreisen. Im April 2026 berichtete *Al Manassa*, dass nicht-medizinische Reisende über *Hala Consulting and Tourism* wieder damit begonnen hätten, den Gazastreifen zu verlassen. Ein Reisender gab an, er habe über einen Vermittler in Kairo 5.000 US-Dollar pro Erwachsenen und 2.500 US-Dollar pro Kind gezahlt.<sup>14</sup> Die Bewegungsfreiheit unter Abriegelung wird zur Ware: Wer zahlen kann, kann sich einen Ausweg sichern, während die Rückkehr weiterhin der Genehmigung durch den Staat Israel und einem undurchsichtigen Überprüfungsverfahren unterliegt. Das aktuelle Rafah-Pilotprojekt des *Board of Peace* folgt derselben Logik. Das vorgeschlagene Lager würde nur einen

kleinen Teil der Vertriebenen aus dem Gazastreifen aufnehmen, wobei ehemalige Bewohner von Rafah Vorrang hätten; dies innerhalb einer Pufferzone, die von einer technokratischen Verwaltung, einer überwachten palästinensischen Polizei und einer internationalen Sicherheitskraft kontrolliert wird. 15 Das daraus resultierende Regime erlaubt selektiv die Ausreise, filtert die Wiedereinreise und lässt die meisten vertriebenen Palästinenser außerhalb der wiederaufgebauten Gebiete zurück.

## **Schlussfolgerung**

Der Wiederaufbau in Gaza wird vor dem Hintergrund einer anhaltenden Struktur aus Belagerung, Vertreibung und territorialer Kontrolle organisiert. In all diesen Vorschlägen dient der Wiederaufbau der Steuerung der Bevölkerung, der Aufteilung des Territoriums und der Einschränkung der Möglichkeiten des politischen Lebens. Externe Gremien, Treuhandschaften, gesicherte Zonen, humanitäre Prioritäten und ein von Gebern gesteuerter Wiederaufbau unterscheiden sich zwar in ihrer Form, doch jedes dieser Elemente unterwirft die Rückkehr, die Autonomie und die Selbstbestimmung der Palästinenser einer administrativen Kontrolle. Wenn militärische Macht den Zugang zu Land, Materialien, Hilfe und Bewegungsfreiheit bestimmt, trägt der Wiederaufbau dazu bei, zu entscheiden, welche Formen der Zerstörung dauerhaft werden.

In diesem Prozess laufen Aufstandsbekämpfung und Katastrophenkapitalismus zusammen. Sicherheitsarchitektur und humanitäres Management regeln das Leben der Palästinenser, während die Verwüstung den Gazastreifen für externe Investitionen, Rohstoffgewinnung und territoriale Neugestaltung öffnet. Das Ergebnis ist ein Modell, in dem Hilfe das Leben auf einem absoluten Minimum erhält, die Rückkehr durch Verfahren ausgehöhlt wird und vorübergehende Regelungen zu dauerhafter Kontrolle erstarren.

Was derzeit in Gaza ausprobiert wird, wird nicht dort bleiben. Der Wiederaufbau unter diesen Bedingungen darf nicht mit Frieden verwechselt werden. Er ist einer der Schauplätze, auf denen der Kampf um Palästina derzeit ausgetragen wird.

1 Sharif Abdel Kouddous, „The ‚Yellow Line‘: Israel’s Expanding Internal Barrier in Gaza, *Drop Site News*, 2026.

2 ‚Creeping death‘: Israel weaponises ‚Yellow Line‘ to annex Gaza

<https://www.aljazeera.com/news/2026/7/22/creeping-death-israel-weaponises-yellow-line-to-annex-gaza>

3 Sultan Barakat, „Gaza Is Not a Real Estate Fantasy,” *Al Jazeera*, January 25, 202

4 Naomi Klein, *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism* (2007)

5 Nur Arafah and Mandy Turner, „Destruction, Disempowerment, and Dispossession: Disaster Capitalism and the Postwar Plans for Gaza, *Carnegie Endowment for International Peace*, July 24, 2025

- 6 Sara Roy, „What ‚Day After‘ for Gaza?, *The New York Review of Books*, October 25, 2025
- 7 Sharif Abdel Kouddous, „Leaked Documents: ‚Planned Community‘ in Rafah Would Force Palestinians Into Israeli Panopticon,” *Drop Site News*, January 21, 2026
- 8 Forensic Architecture, „Israel Is Establishing a Permanent Military Presence East of the ‚Yellow Line‘, *Forensic Architecture*, 2026.
- 9 Besprochen wird die öffentlich einsehbare Version.
- 10 Nour Joudah and Dena Qaddumi, „Who Rebuilds Gaza? Indigenous Reconstruction and Resistance, *Al-Shabaka: The Palestinian Policy Network*, July 23, 2026.
- 11 Sultan Barakat, ed., *After the Conflict: Reconstruction and Development in the Aftermath of War* (London: I.B. Tauris, 2005)
- 12 Reuters, „What to Know About Gaza’s Rafah Border Crossing, *Reuters*, February 2, 2026
- 13 Abbie Cheeseman, Siham Shamalakh, Heba Farouk Mahfouz, and Lior Soroka, „Rafah Crossing Between Gaza and Egypt Reopens After Nearly Two Years,” *he Washington Post*, February 2, 2026.
- 14 Salem Elrayyes, „At \$ 5,000 per Person, Al-Organis Hala Resumes Palestinian Exits from Gaza, *Al Manassa*, April 28, 2026
- 15 Julian Borger, „Trump’s Board of Peace Drops Full Gaza Recovery Plan in Favour of Tiny Pilot Scheme, *The Guardian*, July 16, 2026.

Quelle:

<https://www.jadaliyya.com/Details/47577/When-Reconstruction-Becomes-War-Governance-in-Gaza>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de